



Foto pixabay/guentherllig

- Editorial**
- Wort des Vorsitzenden**
- Energiepreisdeckel**
- Fernwärme und soziale Kälte**
- Kalte Progression**
- Parkpickerl**
- Leistbare Mobilität**
- Generationengerechtigkeit**
- Home Office**
- Tagung**
- Luxemburg**
- Gratis-Eis**
- Vision**
- Christliche Soziallehre**



## Editorial



Werte Leserin!  
Werter Leser!

Die meisten Menschen werden sie sicher kennen. Es gibt sie in verschiedenen Ausführungen, aus Keramik, Holz, sogar auch aus Plastik. Eine Zeitlang waren sie fast verschwunden, aber dafür tau-

chen sie jetzt wieder verstärkt auf: Ich meine die drei Affen, die als Symbol für „nichts sehen, nichts hören und nichts reden“ gelten. Ihre Haltung wird meist als Meinungslosigkeit, Desinteresse, auch mangelnde Zivilcourage interpretiert.

Wenn ich in manch stillen Stunden nachdenke, so scheint mir, dass für viele Menschen das Verhalten der drei Affen wieder ein Vorbild ist. Fixiert auf das vielfältige Angebot der sozialen Medien pflegen sie mit ihrer unmittelbaren Umwelt kaum Kontakt. Man ist zwar nach allen Richtungen hin vernetzt, aber blind für die Situation des Mitmenschen nebenan. Viele rühmen sich, hunderte Facebook-Freunde zu haben, sind aber trotzdem beziehungslos. Das Naheverhältnis zu einem Menschen erfordert nämlich mehr, als nur mit ihm zu twittern.

Die „Drei-Affen-Haltung“ ist eine Lebenseinstellung für Ich-Menschen. Wenn ich mich abschotte, nichts sehen/hören/reden will, dann trage ich auch nicht die Verantwortung für gesellschaftliche und politische (Fehl)Entwicklungen mit. Die Auswirkungen solchen Verhaltens haben wir im 20. Jahrhundert schon einmal erlebt. Seien wir wachsam! Wenn wir Menschen haben, die auf manche Schieflage hinweisen und den Mund aufmachen, dann wird auch einiges zu verhindern sein. Leider hat das „Drei-Affen-Prinzip“ in unserer Gesellschaft in vielen Bereichen wieder Hochsaison. Man hat den Eindruck, dass dies halt bequemer ist. Dieses Prinzip gilt aber nicht für unsere Betriebsrät:innen in den Betrieben, die tagtäglich für das Wohl der arbeitenden Menschen eintreten. Gott sei Dank lassen sie sich weder einschüchtern noch entmutigen in den schwierigen Zeiten für Verbesserungen einzutreten, meint Ihre

*Ingrid Pöthel*

## Vorsitzender FCG vida



Wertes  
Gewerkschaftsmitglied!

Wer hat nicht schon einmal den Wunsch gehabt, weg von allem Stress ganz allein auf einer Insel zu leben? Nur seinen Gedanken nachhängen zu können?

Wie lange würden wir das aber aushalten ohne Gemeinschaft, Gesprächspartner:innen und ohne Hilfe in schwierigen Situationen? Ich glaube nicht sehr lange, denn der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen. Auch wenn uns die lieben Mitmenschen manchmal nerven, so sind wir doch in fast allen Dingen unseres Lebens aufeinander angewiesen. Das bedeutet, dass wir den Nächsten nicht aus unserem persönlichen Handeln ausklammern können. Das fordert uns sicher einiges ab, nämlich Rücksichtnahme, vor allem Toleranz und das notwendige Wir-Denken.

Doch gerade das scheint sich aus unserer Gesellschaft verabschiedet zu haben. Dieses Phänomen erleben wir auf allen Ebenen des Staates, vielleicht der eine oder andere in seinem persönlichen und betrieblichen Umfeld. Der Nächste scheint ihnen egal zu sein. Sie pochen auf das Recht auf Selbstbestimmung und lehnen jede Bevormundung ab. Nun, auf einer Insel allein könnten sie leben wie sie wollen, aber in einer Gemeinschaft, deren Nutznießer auch sie in vielen Dingen ihres Lebens sind, ist das nicht möglich. Hier hat auch der Mitmensch seine Rechte. Diese Einstellung macht auch vielen unserer Betriebsrät:innen in den Betrieben das Leben schwer.

Gerade in der gewerkschaftlichen Arbeit, wo es Themen gibt, die für die Menschen behandelt werden müssen, wie: Altersvorsorge, Pflege, Umweltschutz, Klimaschutz, Teuerung, Armutsbekämpfung um nur einige aufzuzählen, gilt: Diese Dinge können nur vom Wir-Denken und nicht vom Ich-Denken bewältigt werden. Wie meinte schon Arthur Schopenhauer: „Nur in der Gemeinschaft mit den andern vermag der Mensch viel.“ Diese kluge Aussage sollte auch unsere gewerkschaftliche Arbeit immer leiten.

**KR Christian Gruber**

Bundesvorsitzender der FCG vida

## Energiepreisdeckel für Bevölkerung war notwendig

Ein geforderter Preisdeckel auf Strom und Gas war in Anbetracht der explodierenden Energiekosten mehr als nur angebracht, meint FCG-ÖAAB Fraktionsvorsitzender Fritz Pörtl. Den heimischen Arbeitnehmer:innen musste einmal unter die Arme gegriffen werden, um zu verhindern, dass sie in die Armutsfalle tappen und ihre Existenz bedroht wird.

„Die Deckelung der Energiepreise, so hoffen wir, soll eine Erleichterung für die Menschen bringen.“



Foto von Uwe Conrad auf Unsplash

Auch Super und Diesel sind zuletzt um 42 Prozent teurer geworden und lässt die Einnahmen des Staates an Mineralölsteuer nur so sprudeln. Da die Kosten für den Rohstoff aber nur um 30 Prozent angestiegen sind, ist klar, dass die Mineralölkonzerne weiterhin Rekordgewinne erzielen. Dass das amtliche Kilometergeld seit 14 Jahren unverändert bei 0,42 Euro/km liegt, kommt für die Bevölkerung erschwerend hinzu.

### Paritätische Kommission

So sei etwa auch die äußerst skurrile Preisgestaltung bei den Energieträgern völlig inakzeptabel. Nur, weil es in der Europäischen Union üblich sei, alle Energieträger immer mit dem höchsten Einstandspreis (derzeit Erdöl) zu verrechnen, könne man diese Praxis in der Energiekrise doch nicht beibehalten. Da wird etwa mit 100 Prozent Wasserkraft geworben, verrechnet wird aber zu 100 Prozent nur Gas. Damit werden gigantische Gewinne erwirtschaftet, die den Kunden aber nicht zu Gute kommen. Bisher würden sich alle Maßnahmen durch soziale Ungerechtigkeit auszeichnen. Es müssen dringend Maßnahmen gesetzt werden, welche auch Familien mit geringem Einkommen entlasten, wie Pörtl einfordert: „Zur lückenlosen Kontrolle der Preisgestaltungen auf dem Energiesektor muss die Paritätische

Kommission mit allen Sozialpartnern sofort reaktiviert werden!“

## Fernwärme und soziale Kälte

„Mit der geplanten Verdoppelung der Preise für Fernwärme wird Wien Energie als 100 Prozent-Tochter der Stadt der Bevölkerung ein unglaubliches Belastungspaket aufbürden“, kritisiert Fritz Pörtl, FCG-ÖAAB Fraktionsvorsitzender in der Arbeiterkammer Wien. 258.000 eher einkommensschwache Haushalte würden von der exorbitanten Erhöhung direkt betroffen sein und rund 500 Euro mehr für den Wärmebezug berappen müssen. Damit hat diese exorbitante Erhöhung auch sozialpolitisch negative Auswirkungen, wie jetzt sogar AK Präsidentin Renate Anderl (FSG) in einer Aussendung festhält und meint: „Das muss verhindert werden!“



### FSG-Blockade

„Verhindert hat die FSG-Mehrheit jedoch in den Arbeiterkammer Vollversammlungen alle Anträge der FCG-ÖAAB-Fraktion, die sich gegen den eigentlichen Inflationsverursacher, die ständigen Gebühren-Erhöhlungen über die automatische Valorisierung der Stadt gerichtet haben“, kritisiert Pörtl.



Bild von un-perfekt auf Pixabay

### Mit von der Partie

„Die FSG-Mehrheit in der Arbeiterkammer ist bei der Errichtung des Monopols der Wien Energie und speziell der Fernwärme immer mit von der Partie gewesen. Es tut gut, wenn man nun in der Arbeiterkammer einsieht, dass eine derartige Erhöhung der Preise für die Wiener:innen nicht akzeptabel sein kann“, unterstützt Andreas Gollner, der vida Fachbereichssekretär, die Kritik.

## Preissenkung statt Raten

Die aktuelle Arbeiterkammerforderung nach einem Recht auf Ratenzahlung bei Rückständen von Fernwärmekunden analog zur gesetzlichen Regelung für Strom muss jetzt wie Hohn klingen. Die Arbeiterkammer Wien hätte sich dafür schon seit Jahren einsetzen können. „Dass Ratenzahlungen den Aufwand außerdem nur verschieben, kommt erschwerend hinzu. Die Menschen müssen endlich entlastet werden. Ich fordere daher von der Fernwärme Wien eine Preissenkung, wie es auch der Verbund gemacht hat oder zumindest eine Deckelung. Die Preisgestaltung muss auch von einem unabhängigen Gremium ernsthaft überprüft werden“, meint der Wiener FCG Vorsitzende Thomas Rasch. Und Fritz Pörtl ergänzt: „Die Aktivierung der paritätischen Preiskommission der Sozialpartner scheint nun wirklich ein Gebot der Stunde zu sein!“

## FCG-ÖAAB Fraktion hat sich bei „kalter Progression“ durchgesetzt

„Das nun verkündete Entlastungspaket der Bundesregierung mit der Abschaffung der kalten Progression ist ein wichtiger und richtiger Schritt gegen die galoppierende Inflation und die explodierenden Energiepreise“, lobt Fritz Pörtl, Vorsitzender der FCG-ÖAAB Fraktion in der Arbeiterkammer Wien. Er macht aber auch auf die lange Geschichte des steuerlichen Meilensteines aufmerksam: „Unsere Fraktion hat die Abschaffung der heimlichen Steuer schon seit vielen Jahren in der Vollversammlung der Arbeiterkammer gefordert. Die Forderung ist aber von der FSG-Mehrheit bis vor kurzem immer wieder abgelehnt worden.“

### Geld zurück!



„Die ersten, die auf unsere Forderung aufgesprungen sind, waren die NEOS. Zuletzt haben aber sogar die FSG-Vertreter:innen in der Arbeiterkammer Wien unseren Antrag unterstützt. Mit der explodierenden Teuerung ist nun aber für die Regierung dringender Handlungsbedarf entstanden. Dass der türkis-grünen Bundesregierung die Abschaffung der kalten Pro-

gression gelungen ist, darf ruhig als ein wirklich großer Wurf für die Bevölkerung bezeichnet werden, verzichtet der Finanzminister doch allein im heurigen Budget über etwa eine Milliarde Euro“, wie Fritz Pörtl das „Geld-zurück-Entlastungspaket“ lobt.

### Weitere Entlastungen

Geplant ist neben der Abschaffung der kalten Progression noch im Laufe dieses Jahres – mit Ausnahme der höchsten Steuerklasse – auch die Entlastung der Menschen mit geringem Einkommen durch einen auf 250 Euro erhöhten Klimabonus, einer Sonderzahlung von 300 Euro noch im Sommer und eine erhöhte Familienbeihilfe sowie eine Valorisierung der wichtigsten Sozialleistungen, wie etwa auch dem Arbeitslosengeld.

## Parkpickerl-Reform ist dringend nötig!



„Trotz lauter Rufe nach Verbesserung bei der erweiterten Kurzparkzonen-Regelung in Wien zeigt die Rathauskoalition von SPÖ und NEOS den Arbeitnehmer:innen einfach die kalte Schulter. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Wiener ÖVP nun der Sache wieder verstärkt angenommen hat und sich mit zehn Forderungen für eine sinnvolle und moderne Parkraumbewirtschaftung lautstark zu Wort gemeldet hat“, lobt Fritz Pörtl, Vorsitzender der FCG-ÖAAB Fraktion in der Arbeiterkammer Wien die VP-Stadtpartei.

### Mobilität erhalten

Die zehn Forderungen reichen von der Rücknahme der 22:00 Uhr-Regelung auf 19:00 Uhr und drei Stunden Kurzparkzeit statt zwei Stunden in den Außenbezirken über ein Drei-Zonenmodell mit höheren Preisen in den Innenbezirken bis zu einer Erarbeitung eines neuen Garagenkonzeptes um moderne Mobilität möglich zu machen. Fritz Pörtl: „Die Menschen in Wien müssen die Wahlfreiheit haben!“

Die neue Kurzparkzonen-Regelung als „Erfolgsmodell“ zu bezeichnen, sei in Anbetracht der vielen Beschwerden der Wiener:innen und der Pendler:innen, welche mangels öffentlicher Verkehrsmittel oder völlig untauglicher Fahrpläne auf ihr Auto nicht verzichten können, als glatter Hohn zu betrachten, kritisiert Pörtl.

### **Versprechen gebrochen**

Dass die zuständige Stadträtin Ulli Sima vor der Einführung der flächendeckenden Kurzparkzone noch Verbesserungen versprochen hat, scheint im Rathaus völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Auch die massiven Einsprüche der Verkehrsexpert:innen wurden ignoriert, nur um Mehreinnahmen lukrieren zu können. Dass ein Besuch bei der Großmutter oder Freunden von Rathauspolitiker:innen auf zwei Stunden beschränkt wird und bei Überschreitungen sogar saftige Strafen drohen, ist eine echte Zumutung. Hier muss es Ausnahmeregelungen geben, auch wenn diese kostenpflichtig sein sollten. „Dass die Wiener ÖVP nun die Stadtregierung auffordert, endlich tätig zu werden, damit die nötige Vernunft auch in der Wiener Verkehrspolitik Einzug halten kann, werde ich vollinhaltlich unterschreiben“, meint Fritz Pörtl abschließend.

### **Stadt soll Parkpickerl endlich überdenken!**

Jetzt hat sich auch der ÖAMTC mit seinen rund 2,3 Millionen Mitgliedern der Kritik von FCG-ÖAAB Fraktionsobmann Fritz Pörtl angeschlossen. Pörtl hatte dem SP-Finanzstadtrat Peter Hanke vorgeworfen, mit der angekündigten Erhöhung der Gebühr für Parkscheine Preistreiber zu betreiben. Ein Parkschein soll ab 1. Jänner 2023 nämlich für eine Stunde 2,50 Euro statt 2.20 Euro kosten. Also um fast 15 Prozent mehr und damit wesentlich mehr, als die Inflation ausmachen würde. Das von SPÖ und Grünen seinerzeit beschlossene Valorisierungsgesetz sieht dies zwar grundsätzlich vor, nicht jedoch in einer derartigen Höhe. Fritz Pörtl: „Jetzt werden die Autofahrer:innen wegen der höheren Spritpreise auch noch beim Parken geschröpft!“

### **Erhöhung ohne Kosten**

Und der ÖAMTC verstärkt nun die Kritik. „Die von der Stadt Wien angekündigte Parkgebührenerhöhung trifft viele Menschen zum völlig falschen Zeitpunkt. Die Valorisierung der Parkgebühren ist aber auch generell fragwürdig.

Der Stadt entstehen durch das Parken ohnehin kaum Kosten, zumal die Einnahmen nicht einmal mehr zur Schaffung von Parkraum verwendet werden“, kritisiert ÖAMTC Verkehrsexperte Matthias Nagler.

### **Der 22:00 Uhr-Unsinn**

Dazu kommen ja auch noch die Mehrbelastungen, welche die Wiener:innen wegen der jüngsten Ausweitung der Kurzparkzone bis an die Stadtgrenze und die Ausdehnung bis 22:00 Uhr hinnehmen müssen. Dies bringe der Stadt ohnehin zusätzliche Einnahmen in Millionenhöhe, meint man beim ÖAMTC. Und Pörtl ergänzt: „Und das, obwohl in vielen Stadtgebieten eine Überparkung von 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr gar nicht vorliegt. Dies wäre aber gesetzlich sogar notwendig, um eine Kurzparkzone verordnen zu können!“

### **Erhöhung aussetzen**

„Die Stadt könnte die geplante Erhöhung also im Sinne der Bevölkerung einfach aussetzen“, meinen Fritz Pörtl und der ÖAMTC unisono. Das wäre sicher im Sinne aller Wiener:innen.

## **Mobilität muss leistbar bleiben!**

Am 8. Juni hat das EU-Parlament mehrheitlich dafür gestimmt, ab 2035 keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr neu zuzulassen. Seitdem herrscht Partylaune bei manchen Parteien und NGOs. Doch was feiern sie eigentlich? Den Durchbruch für Elektromobilität? Das Ende der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern? Nicht nur. Diese Ziele ließen sich auch technologieoffen erreichen. Sie feiern die Gewissheit, dass Benzin und Diesel noch deutlich teurer werden.

Und das geht so: Die Klimaziele der EU sind alleine durch den Umstieg auf E-Autos nicht erreichbar. Dafür gibt es zu wenige Neuanmeldungen. Wenn nun das EU-Parlament verhindert, dass mit Bio- und E-Fuels auch die Flotte an bestehenden Autos „grüner“ fährt, sind Steuer-Erhöhlungen auf fossilen Sprit unumgänglich. Denn nur hohe Preise – Expert:innen schätzen etwa vier Euro pro Liter Diesel oder Benzin – bringen genügend Menschen dazu, ihr Auto stehen zu lassen. Mindestens 1,5 Millionen Österreicher:innen würden von individueller Mobilität ausgeschlossen werden. Für den ÖAMTC ist das sozial unzumutbar und falsch. Genauso wie das Verbrenner-Verbot. Mobilität muss leistbar bleiben!

Kommentar von Bernhard Wiesinger, Leiter der ÖAMTC Interessenvertretung, Auto touring, Juli/August 22

## Generationengerechtigkeit

Jugendstaatssekretärin Claudia PLAKOLM forderte in einer Aussendung am 12. August 2022 mehr "Generationengerechtigkeit". Sie hält die Forderung der Pensionistenvertretungen nach einer Pensionserhöhung um zehn Prozent für "überzogen" und appelliert an die "Generationengerechtigkeit".

Gelöst werden diese "Gesellschaftlichen Probleme" nicht dadurch, indem der Neid von den Jungen auf die Alten und von den Alten auf die Jungen geschürt wird.

Abgesehen davon, dass ich das Ausspielen der Generationen gegeneinander für absolut überflüssig und nicht zielführend halte, wird übersehen, dass die Pensionist:innen laufend ihren Beitrag leisten!

Gerne möchte ich wissen, wo der errechnete Pensionsanstieg von zehn Prozent in den letzten Jahren geblieben ist? Die Pensionen wurden als Folge der Finanzkrise (2008) für zwei Jahre wesentlich unter der Inflation angepasst. Absolut dafür bin ich, junge Menschen zu unterstützen und ihnen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Dafür hat die öffentliche Hand zu sorgen und nicht die Bevölkerungsgruppe, die bereits seit Jahrzehnten Steuern zahlt und so wesentlich zum Staatshaushalt beiträgt.

Weiters wird die Ausbildung der jungen Generation bis zur Hochschule ermöglicht. Ebenso werden Möglichkeiten von Bildungskarenz geschaffen und zusätzlichen Unterstützungen ermöglichen der jungen Generation qualitativ gute Ausbildungen.

Wir in Österreich haben keine Staatspensionsregelung, sondern ein staatlich geregeltes Pensionsystem. Würden die erforderlichen Geldleistungen für Ersatzzeiten, für Zivildienst, für Arbeitslose, usw. vom Finanzminister in die Pensionskasse eingezahlt, dann wäre kein Bundeszuschuss in die Pensionskasse erforderlich.

*Es sei noch erwähnt, dass sehr viele Pensionist:innen - sofern es ihre finanzielle Situation zulässt - ihre Kinder und Enkelkinder finanziell unterstützen und so ihren "Solidaritätsbeitrag" leisten.*

*Obwohl die Pensionist:innen als "Risikogruppe" während Corona geschützt wurde - wird jetzt versucht, diese Gruppe auszuhungern.*

Karl-Heinz Eigentler

## Home Office - Klare Rahmenbedingungen!

Seit Beginn der Corona-Krise hat sich die Arbeit im Home Office weit verbreitet. Diese Arbeitsform findet bei einem Großteil der Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen großen Anklang. Die FCG vida ist der Ansicht, dass diese Arbeitsform spezifisch geregelt und die Anwendung überwacht werden muss.

Die Arbeit im Home Office bringt einige Vorteile mit sich, wie den Wegfall der Wegzeiten oder eine größere Autonomie der Mitarbeitenden. Diese Arbeitsform birgt jedoch auch zahlreiche Risiken für das Personal. Die psychischen Risiken wie soziale Isolierung und Arbeitsüberlastung sowie die körperlichen Risiken in Bezug auf die Ergonomie des Arbeitsplatzes müssen aufmerksam beobachtet werden.

Aus diesen Gründen will die FCG vida sicherstellen, dass die Sozialpartner in Bezug auf Home Office klare Rahmenbedingungen aufstellen, sei dies in den Kollektivverträgen (KV), in den gesetzlichen Bestimmungen oder in einem separaten Übereinkommen. Die Implementierung von Home Office und dessen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer:innen müssen von einem wirksamen Schutz dieser begleitet werden.



Bild von Markus Spiske auf Pixabay

### Die FCG vida fordert deshalb:

- die Gewerkschaften verhandeln mit den Sozialpartnern klare Rahmenbedingungen für das Home Office
- Home Office erfolgt auf freiwilliger Basis und kann vom Arbeitgeber nicht angeordnet werden (außer in Ausnahmefällen wie Gesundheitskrisen auf behördlicher Anordnung)
- Home Office ist kein Ersatz für die Arbeit am vertraglichen Arbeitsort, sondern eine Ergänzung
- Home Office ist erlaubt, wenn dies die Funktion erlaubt

- die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers und die arbeits- und versicherungsrechtlichen Bestimmungen gelten für die Arbeit im Home Office
- die Mitarbeiter:innen haben das Recht, mindestens 40 Prozent, höchstens jedoch 60 Prozent ihrer Arbeitszeit im Home Office zu erledigen (auch teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter:innen)
- Home Office darf nicht im Fokus eines Sparprogrammes des Unternehmens sein
- die Arbeitgeberseite achtet darauf, ihre Fürsorgepflicht wahrzunehmen und die physische und psychische Gesundheit der Arbeitnehmenden im Home Office zwingend zu schützen, sie sensibilisieren ihr Personal in Bezug auf die Risiken
- die Mitarbeiter:innen erhalten eine Entschädigung für Material, das sie für die Arbeit im Home Office benötigen
- die persönlichen Daten der Mitarbeitenden sind geschützt.

*Die Gewerkschaften sind aufgefordert ein Positionspapier zu erarbeiten, indem diese Forderungen erweitert und detailliert dargestellt werden, damit sie mit den Sozialpartnern in Verhandlungen treten können.*

Karl-Heinz Eigentler

## Tagung

Die FCG vida Bundespensionisten tagten in Salzburg.



## Treffen in Luxemburg

Das jährliche Treffen der LEV (Internationale Eisenbahner-Verkehr)



fand Ende Juni in Luxemburg statt und war voll mit Informationen, klaren Herausforderungen und hohen Ambitionen, was die zukünftige Gewerkschaftsarbeit auf internationaler Ebene angeht.

## Gratis-Eis

Die Landesstelle vida Tirol spendete den Bediensteten der Krankenanstalten Ende Juli ein Gratis-Eis um an diesem heißen Tag motiviert weiter arbeiten zu können. Alle waren über diese Abkühlung sehr erfreut.



Auf dem Bild zu sehen Edith Stimpfl, Betriebsratsvorsitzende und Kammerrätin der AK Tirol (Dritte von rechts) mit ihren Mitarbeiter:innen vor dem Krankenhaus Zams.

## Wir haben die Vision...

- ... von Menschen, die dort, wo sie leben und arbeiten gerechte Verhältnisse vorfinden
- ... von einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und gleich behandelt leben
- ... von einer Politik, die den Rahmen schafft für ein freies, friedliches, gerechtes und demokratisches Miteinander
- ... von einer Arbeitswelt, in der die Menschen ihre schöpferischen Fähigkeiten entfalten können
- ... von einer Wirtschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen
- ... von einer Kirche, die aus den Quellen der Bibel schöpft und ein Ort der Hoffnung ist

vie 10.5.2002 rsc

# Christliche Soziallehre - Die Welt in Schiefelage

„First we build our buildings“, sagen die Engländer, „and than our buildings build us.“ - Also: Zuerst bauen/formen wir unsere Gebäude und dann formen die Gebäude uns. So sind unsere Städte bis heute von herausragenden Gebäuden geprägt, welche die wesentlichen Teilbereiche (oder Sektoren) unseres gesellschaftlichen Lebens widerspiegeln. Rathäuser und Parlamente symbolisieren den Stellenwert der Politik, Kirchen und Dome stehen für die Religionen, Fabriken und Einkaufszentren für die Wirtschaft, Theater und Opernhäuser für die Kunst und Kultur und Schulen wie Universitäten für die Wissenschaften.

All diese Sektoren prägen unser Leben, wie auch die Gebäude unsere Stadtbilder prägen. Für das Verhältnis der gesellschaftlichen Teilbereiche zueinander sind zwei Forderungen von entscheidender Bedeutung, wenn das Zusammenleben von Menschen gelingen soll:

## Unabhängigkeit

Dabei geht es nicht nur um die sprichwörtliche „Freiheit der Kunst“. Es hat sich in der Geschichte regelmäßig als Irrweg erwiesen, wenn z.B. Politik und Religion zu stark voneinander abhängig waren oder statt politischer Interessen wirtschaftliche Abhängigkeiten wesentliche Entscheidungen prägten. Die Aufklärung hat in unserer Kultur einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet, diese Unabhängigkeit der Sektoren als zentrale Forderung zu erkennen und z.B. für eine klare Trennung von Kirche und Staat zu sorgen.

## Balance

Genauso wie es uns schwerfällt auf einer schiefen Ebene gerade zu gehen, ist es für eine Gesellschaft verheerend, wenn ein Teilbereich vorherrschend wird und alles andere unterordnet. Während das Mittelalter vom Wettstreit um die Vorherrschaft zwischen Kaiser und Papst – also von Politik und Religion – geprägt war, ist der Befund der Gegenwart eindeutig. „Geld regiert die Welt“, sagt der Volksmund

und nicht wenige sehen mittlerweile den Kapitalismus als erste weltumspannende Religion. Der Vergleich der „Logik der Wirtschaft“, die von einer Kosten-Nutzen-Rechnung geprägt ist, mit einer Religion wird deshalb verwendet, weil sich die sogenannten „Marktgesetze“ als Sachzwänge ausgeben – also als nicht mehr kritisierbare, letzte Wahrheiten erscheinen.

**„Die Vernunft bedarf stets der Reinigung durch den Glauben, und dies gilt auch für die politische Vernunft, die sich nicht für allmächtig halten darf. Die Religion bedarf ihrerseits stets der Reinigung durch die Vernunft, um ihr echtes menschliches Antlitz zu zeigen.“** (Caritas in veritate)

Dass wir die Balance am Beginn des 21. Jahrhunderts verloren haben, beschreibt die deutsche Theologin Dorothee Sölle so:

*Der neue Gott ist allgegenwärtig. Er bemüht sich, das alte Über-Ich, das Gut von Böse zu unterscheiden lehrte, zu entweichen. Hinter dem neuen Apparat, der alten Einrichtungen wie Kirche, Schule und Familie längst überholt hat, steht der größte, alles beherrschende Gott, der „MARKT“ heißt. Hast du etwas anzubieten, ist es verkäuflich, rechnet es sich, fragt er. Andere Fragen kennt er nicht. Er sorgt dafür, dass die Äpfel von nebenan weggeworfen werden und die Frauen im Süden der Erdkugel, die vor zwanzig Jahren noch Bohnen und Mais für den eigenen Bedarf anbauen durften, heute Orchideen und Südfrüchte für den Export züchten. Es ist der Weltmarkt, der sie zu weiterer Verelendung zwingt.*

aus: Christliche Soziallehre (nach dem Cardijn-Dreischritt: sehen-urteilen-handeln), Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes



**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber und Verlag:

Verband Christlicher Arbeitnehmer in Verkehr, Touristik und Persönlicher Dienst  
Hersteller: FCG vida / Alle: 1020 Wien, Redaktion: Friedrich Pörtl ZVR 605463055

**Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß Mediengesetz § 25(2)**

**FCG/vida-Bundesvorstand:** Norbert Bauer, Wiltrud Deutschmann,

Karl-Heinz Eigentler, Thomas Faulhuber, Manfred Frcena, Andreas Gollner,

Christian Gruber, Sonja Hör, Linda Lindinger, Robert Lindner-Zetfl, Amela Masic,

Karl Merstik, Johann Perkhofer, Friedrich Pörtl, Walter Semlitsch, Manfred Strasser,

Edith Stimpfl, Thomas Svejda, Brigitte Wimmer. Blattlinie nach § 25 (4): Vertretung der Interessen

der österreichischen Arbeitnehmer:innen entsprechend den Grundsätzen und Zielen des FCG-Grundsatzprogrammes